

STADT KITZINGEN



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE BÜRGERVERSAMMLUNG FÜR DEN STADTTEIL SIEDLUNG AM 06.11.2017

Sitzungsdatum:	Montag, den 06.11.2017
Beginn:	19:00 Uhr
Ende	20:45 Uhr
Ort:	Stadtteilzentrum Kitzingen-Siedlung

Anwesend:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Siegfried Müller

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Andreas Moser

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Manfred Marstaller

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Astrid Glos

2. Bürgermeister Klaus Heisel

Stadträtin Elvira Kahnt

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Manfred Freitag

ÖDP-Stadtratsfraktion

Stadträtin Bianca Tröge

BP-Stadtratsgruppe

Stadtrat Uwe Hartmann

fraktionslos

Stadträtin Andrea Schmidt

Schriftführer

Verwaltungsfachwirt Herbert Müller

Berichterstatter

Stadtplaner Torsten Fischer

Bauingenieur Oliver Graumann

Oberbürgermeister Müller begrüßt die anwesenden Bürgerinnen und Bürger aus der Siedlung und freut sich über das zahlreiche Erscheinen. Ebenso heißt er die Stadträte willkommen.

1. **Blindeninstitut in der Armin-Knab-Straße; Vorstellung des städtebaulichen Konzepts**

Oberbürgermeister Müller begrüßt eingangs die Herren Dr. Heckner, Geschäftsführer Blindeninstitut Würzburg, und Berger, Architekturbüro Bruckner Berger Partner.

Herr Dr. Heckner geht anhand einer Präsentation ausführlich auf die Pläne zur Errichtung eines Blindeninstitutes auf den ehemaligen Flächen der Baywa in der Armin-Knab-Straße ein.

Dabei stellt er zunächst das Institut und dessen Aufgabenschwerpunkte dar.

Für Kitzingen sei eine Förderstätte sowie Wohnen für Erwachsene geplant. Im ersten Schritt sollen dabei 24 Wohnplätze in vier Wohngruppen entstehen. Darüber hinaus soll für eine Tagesstruktur eine Förderstätte mit insgesamt 32 Plätzen entstehen.

Der Standort Kitzingen sei mit Blick auf die gegenwärtige Entwicklung ideal und er freut sich, mit dem vorliegenden Grundstück eine neue Heimat gefunden zu haben und bedankt sich sehr für die Unterstützung seitens der Stadtverwaltung.

Er stellt dar, dass sich die Gebäude in die umgebende Struktur einfügen sollen, damit die Einrichtung als Teil der Siedlung gesehen werde. Darüber hinaus soll es eine offene Bauweise sein, die die Bürger zum Eintreten einladen soll, ohne jedoch den Schutz der Bewohner aufzugeben.

Mit der Fertigstellung der Planung ist bis Ende 2017/Anfang 2018 zu rechnen, so dass dann die Antragsunterlagen der Fördermittel bei der Staatsregierung eingereicht werden können. Er erhoffe sich eine Genehmigung noch in 2018, so dass im Jahr 2020 die Einrichtung fertigstellt und bezugsfertig sein könne.

Herr Berger, Architekturbüro Bruckner Berger Partner geht im Folgenden auf die Planungen des Bauvorhabens ein und stellt die Lagepläne dar. Ziel war es dabei, das Wohnen und das Arbeiten zu trennen. Besonders verweist er auf einen Gebäudeteil, in dem auch Therapieräume für Externe geschaffen werden und der Öffentlichkeit dienen sollen. Er verweist auf das Modell und erklärt, dass sich die Gebäude in die Umgebung einfügen werden und sich die Dachlandschaft an der bestehenden Bebauung orientiere.

Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass die Einrichtung des Blindeninstitutes eine Aufwertung für den Stadtteil Siedlung sei und freut sich, dass sich die Verantwortlichen des Institutes für den Standort Kitzingen entschieden haben.

Eine Dame möchte wissen, ob auf den Dächern dann auch Solar- bzw. Photovoltaikanlagen errichtet werden.

Herr Dr. Heckner bestätigt dies.

Herr Heß verweist auf die Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzept und möchte wissen, ob dieser soziale Aspekt dabei noch ergänzt werden könne.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass das Handlungskonzept gegenwärtig erarbeitet werde und hierzu auch noch eine Beteiligung der Bevölkerung erfolgen solle. Diese Einrichtung mit dem sozialen Aspekt wird im Konzept enthalten sein und wird es in diesem Bereich sogar noch verfestigen.

Es bestehen keine weiteren Fragen zu diesem Tagesordnungspunkt. Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

2. Sachstandsinformation Sanierung Wohngebäude am Galgenwasen

Bauamtsleiter Graumann geht auf den Sachstand hinsichtlich der Sanierung der Wohngebäude am Galgenwasen ein. Er stellt dar, dass im Zusammenhang mit der Entscheidung zur Breslauer Straße auch die städtischen Wohnungen im Bereich des Galgenwasens betrachtet wurden und hierbei der Stadtrat eine Sanierung beschlossen habe, die auch mit Blick auf die bestehenden Mieter abschnittsweise erfolgen soll. Gegenwärtig werde für die Sanierung die Leistungsbeschreibung vorbereitet, so dass anschließend die Förderunterlagen für die Regierung von Unterfranken vorbereitet werden können.

Einzelne Wohnungen, die gegenwärtig leer stehen, sollen mit einfachen finanziellen Mitteln (15.000,00 € pro Wohnung) instandgesetzt werden, damit diese übergangsweise wieder vermietet werden können.

Die Mieter, die von der Sanierung betroffen sind, werden in einer separaten Veranstaltung nochmals über das Vorgehen informiert. Die Stadt werde die Mieter, die dann von einem durch die Sanierung bedingten Umzug betroffen sind, entsprechend unterstützen.

Auf die Frage, in welchem Standard die Wohnungen im Galgenwasen saniert werden, stellt Bauamtsleiter Graumann dar, dass mit Blick auf die Förderung nach dem sozialen Wohnungsbau die Wohnungen für sozial Bedürftige bezahlbar sein müssten. Darüber hinaus muss die Sanierung dem heutigen technischen Bedarf entsprechen und nicht zu umfangreich sein.

Ergänzend dazu entstehen im Bereich der Breslauer Straße 60 Wohnungen, was eine erhebliche Verbesserung für diesen Bereich darstellt.

Herr Griesmeier äußert seinen Unmut hinsichtlich der Vorgehensweise bei den Wohnblocks in der Breslauer Straße. Er kritisiert, dass nach der Kündigung vor sechs Jahren die Stadt keine weiteren Anstrengungen unternommen habe und hierdurch nur für Unsicherheit bei den Bewohnern gesorgt habe. Mit dem Entschluss, die Blöcke abzureisen, hätte die Umsetzung zügig vorangetrieben werden müssen. Er möchte wissen, bis zu welchem Zeitpunkt die Maßnahme an der Breslauer Straße abgeschlossen sein soll.

Oberbürgermeister Müller korrigiert, dass das Verfahren für die Breslauer Straße noch keine sechs Jahre andauere. Ein langer Entmietungszeitraum wurde mit Blick auf die Sozialverträglichkeit gewählt. In der Zwischenzeit wurde das umfangreiche Verfahren (EU-Weite Ausschreibung) durchgeführt, ein geeignetes Planungsbüro ausgewählt und mit den Planungen begonnen. Im Januar 2018 sollen die ersten Ergebnisse vorgestellt werden.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass ein Zeitpunkt für die Wohnungen im Galgenwasen nicht genannt werden könne, weil eine Umsetzung von verschiedenen Faktoren abhängt. Ziel sei es, die Wohnungen sukzessive zu sanieren.

Im Folgenden sprechen verschiedene Redner ihren Unmut hinsichtlich der Vorgehensweise aus und verweisen dabei auf die Anstrengungen der Stadt im Bereich der Herstellung von Wohnraum in der Innenstadt.

Bauamtsleiter Graumann verdeutlicht, dass die gesamte Bautätigkeit in der Stadt im Zusammenhang stehe und auch die hochwertigen Wohnungen, die gegenwärtig hergerichtet werden, einen Einfluss auf die Umzugsstruktur haben werden und insofern ihre Berechtigung haben. Grundsätzlich sei es für eine Stadt positiv zu bewerten, wenn auch für derartige Wohnungen ein Bedarf gegeben sei.

Oberbürgermeister Müller stellt abschließend auf die Art und Weise der Entmietung dar, dass kein Mieter aus der Wohnung geklagt werde und der lange Entmietungszeitraum auch mit Blick auf die Sozialverträglichkeit gewählt wurde. Es sei eine entsprechende Zeitschiene vorgegeben worden, anhand derer ein sozial verträgliches Umzugsmanagement gewährleistet werden könne.

Im Rahmen der Diskussion verweist ein Bürger auf die Notwendigkeit von Haus- bzw. Fachärzten in der Siedlung und äußert seinen Unmut, dass der Stadtrat in einer seiner jüngsten Sitzungen den Antrag auf Errichtung eines Ärztehauses abgelehnt habe.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion nur aufgrund der bestehenden Planungen der Bau GmbH, im Bereich des Galgenwasens ein Ärztehaus zu errichten, abgelehnt wurde. Die Stadt könne hierbei auch nur den Rahmen schaffen und verweist auf die Verantwortung der großen Politik. Der Ärztebedarf werde landkreisweit betrachtet und aufgrund dessen sei der Landkreis Kitzingen sogar überversorgt – auch wenn das in Kitzingen und insbesondere der Siedlung nicht zu verstehen sei.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegen bedankt sich Oberbürgermeister Müller für die Diskussion.

3. Sachstandsinformation Siedlungsschule/Hort und Kindertageseinrichtung Memellandstraße

Bauamtsleiter Graumann verweist auf den Sachstand hinsichtlich der Maßnahme an der Siedlungsschule samt Hort und Turnhalle sowie auf die Arbeiten am Kindergarten in der Memellandstraße.

Hinsichtlich der Siedlungsschule erklärt er, dass mit dem Bau im Mai 2017 begonnen wurde. Dabei verweist er vor allem auf den Neubau des Hortes sowie der Mensa, wodurch ein weiterer Raumbedarf in den Grund- bzw. Mittelschule geschaffen werden könne.

Die Maßnahme ist schon sehr weit fortgeschritten. Im Dezember 2017 ist das Richtfest geplant. Die Fertigstellung ist mit dem Beginn des Schuljahres 2018/2019 vorgesehen.

Im Anschluss werde die Schulsporthalle abgerissen und neu errichtet. Die Fertigstellung ist bis 2020 geplant.

Bauamtsleiter Graumann bedankt sich abschließend bei den Schülern, den Lehrern sowie den Nachbarn, die bedingt durch die Maßnahme Einschränkungen in Kauf nehmen müssen.

Insgesamt ist es eine gute Investition für den Schul- und Bildungsstandort in der Siedlung.

Bauamtsleiter Graumann geht außerdem auf die Erweiterung des Kindergartens Sonnenschein in der Memellandstraße ein und stellt dar, dass der Bedarf für die Erweiterung gegeben war. Glücklicherweise war auf dem angrenzenden Grundstück ausreichend Fläche vorhanden, so dass die bestehende Bausubstanz gespiegelt werden konnte und in Zukunft ausreichend Platz im Kindergarten Memellandstraße vorhanden sei. Ebenfalls konnten in diesem Zusammenhang auch die Außenanlagen erweitert werden.

Die Gesamtkosten für die Maßnahmen belaufen sich auf 1,3 Mio. €, wofür die Stadt insgesamt 480.000,00 € an Fördermittel erhalte. Ziel sei es, den Kindergarten bis zum Schuljahr 2018 fertig zu stellen.

Abschließend gibt Bauamtsleiter Graumann noch eine Information zur Dreifachturnhalle im Sickergrund. Jüngst wurde das Dach instandgesetzt und in Kürze soll die Grundsatzentscheidung hinsichtlich der Generalsanierung im Stadtrat beschlossen werden.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor. Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

4. Angelegenheiten der Bürgerinnen und Bürger aus der Siedlung

Herr Faltermeier verweist auf die parkenden Autos in der Martin-Luther-Straße und bittet, dass für eine bessere Ordnung Parkplätze sowie Sperrflächen einzuzeichnen.

Oberbürgermeister Müller sagt zu, dies an das Rechts- und Ordnungsamt sowie dem Bauhof weiterzugeben.

Darüber hinaus verweist Herr Faltermeier auf die Geschwindigkeiten, die im Bereich des Kindergartens in der Tilsiter Straße gefahren werden. Seiner Meinung nach sollte ein Schild „Schrittgeschwindigkeit“ aufgestellt bzw. Hügel auf der Straße errichtet werden, die zu einer Verlangsamung führen.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass er von Hügeln auf der Straße wenig halte, da durch das ständige Abbremsen und Beschleunigen eine Lärmbelästigung einhergehe. Darüber hinaus gibt er zu bedenken, dass es oft die Anlieger bzw. die Eltern selbst seien, die sich nicht an die Verkehrsregeln halten und er insofern nur an die Vernunft der Verkehrsteilnehmer appellieren könne.

Herr Schmidt bezieht sich auf die Obdachlosenunterkünfte in der Siedlung und ist der Auffassung, dass diese an anderer Stelle in der Stadt Kitzingen geschaffen werden sollten. Seiner Auffassung nach sollte sich dies die Stadt Kitzingen als Ziel setzen, dass in fünf bis zehn Jahren das Ghetto in der Siedlung aufgelöst werde.

Oberbürgermeister Müller verweist auf das Symposium zum Thema Wohnen am 17.11.2017, wo dieser Bereich ebenfalls thematisiert wird. Er gibt zu bedenken, dass selbst bei einem Grundsatzbeschluss in diese Richtung gleichzeitig eine Entscheidung getroffen werden müsse, an welcher Stelle in der Stadt die Obdachlosenwohnungen realisiert werden sollen.

Seiner Auffassung nach müsse die Gestaltung des Umfeldes angepasst werden. Zudem wird es eine Änderung in der Organisation geben (nur noch öffentlich-rechtliche Einweisungen anstelle von Mietverträgen). Aufgrund dessen werde die Handhabe für die Verwaltung verbessert.

Herr Schmidt ist der Auffassung, dass die Stadt die Problematik offensiver angehen und eine Obdachlosigkeit verhindern müsse.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass oft auch Bürger aus dem Landkreis in die Obdachlosenwohnungen in Kitzingen aufgenommen werden müssen und darüber hinaus auch die Familien bzw. Betroffenen selbst eine Verpflichtung haben.

Frau Link ist der Auffassung, dass in den Wohnungen Duschen eingebaut werden sollten.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass die Wohnungen ursprünglich nur als Übergang gedacht waren. Er verweist auf einen Antrag, einen Duschcontainer zu beschaffen, welcher im nächsten Finanzausschuss behandelt werden wird.

Herr Faltermeier verweist auf die Begrünung um das Stadtteilzentrum und gibt zu bedenken, dass aufgrund der durchsichtigen Bepflanzung viele Nutzer eine Abkürzung durch das Beet nehmen. Seiner Auffassung nach hätte dort ein Zaun errichtet werden müssen.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass die Regierung Unterfranken einen offenen Zugang zum Gebäude gewünscht habe und aufgrund dessen von einem Zaun abgesehen und die Bepflanzung ausgedünnt wurde.

Nachdem keine weitere Fragen vorhanden sind schließt Oberbürgermeister Müller die Bürgerversammlung um 20:45 Uhr.

Vorsitz

Schriftführung

Siegfried Müller
Oberbürgermeister

Herbert Müller
Verwaltungsfachwirt